

Thurgau

Arboner Altstadt soll aufblühen
Der Stadtrat wird das Gestaltungsprojekt
im Dezember ins Parlament bringen. 23

SVP siegt im Sprachenstreit

Verschärfung Mit einer Stimme Vorsprung spricht sich der Grosse Rat für eine Heraufsetzung der sprachlichen Anforderungen bei Einbürgerungen aus. Das Thema wird das Parlament aber nochmals beschäftigen.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Wird im Grossen Rat über das Thema Sprachen gestritten, dann sind die Zahlen immer knapp. Das war bereits beim Frühfranzösisch so, als die Entscheide jeweils mit hauchdünner Mehrheit fielen. Und jetzt auch wieder bei der Debatte über die Sprachhürde, welche Einbürgerungswillige künftig zu überspringen haben. Mit lediglich einer Stimme Mehrheit (58 zu 57) folgte das Kantonsparlament gestern einem Antrag, den Pascal Schmid (Weinfelden) namens der geschlossenen SVP gestellt hatte. Damit sollen die Sprachanforderungen verglichen mit den ursprünglichen Absichten von Regierung und vorberatender Kommission um je eine Stufe hinaufgesetzt werden: mündlich auf B2 des europaweit anerkannten Referenzrahmens und schriftlich auf B1. Bleibt es dabei, installiert der Kanton Thurgau neben Schwyz die national höchsten Sprachanforderungen für neue Schweizerinnen und Schweizer.

«Sprache ist ein Schlüssel-Kriterium»

Entsprechend kontrovers wurde gestern im Grossen Rat debattiert. Auf der einen Seite die SVP zusammen mit EDU und der grossen Mehrheit der FDP. Bei der Sprache müsse man von einem «Schlüssel-Kriterium für eine erfolgreiche Integration sprechen», argumentierte

Schmid. «Wir wollen uns mit den künftigen Mitbürgern unterhalten können, nicht händeringend, nicht wie mit Touristen und ohne Dolmetscher.» Die Forderung sei für seine Partei zentral, stellte Schmid klar. «Für uns steht und fällt dieses Gesetz damit.» Bei einer Einbürgerung gehe es nicht einfach darum, den roten Pass zu bekommen, argumentierte Brigitte Kaufmann (Uttwil) namens der FDP. «Sondern man erhält weltweit einmalige Volksrechte.» Deshalb sei es legitim, die Aufnahme ins Bürgerrecht auch eingehend zu prüfen. Die Teilnahme am politischen Geschehen setze entsprechende Sprachkenntnisse voraus, sekundierte Iwan Wüst (Tuttwil) von der EDU.

Während die Befürworter ihre Forderung als massvoll bezeichneten, kritisierten die Gegner sie als ungerechtfertigt und diskriminierend. Das sei «eine Verschärfung der Verschärfung», sagte etwa SP-Kantonsrätin Nina Schläfli (Kreuzlingen), weil bereits im Bundesgesetz bezüglich Einbürgerungen die Schraube angezogen worden sei. Hohe Hürden seien vertretbar, sagte Dominik Diezi (Stachen) für die CVP/EVP-Fraktion, «aber nicht so hoch, dass gewisse Ausländergruppen sie gar nicht mehr überspringen können». Matura-Niveau bei den Sprachkenntnissen zu verlangen, sei verfehlt. «Wir wollen kein elitäres Einbürgerungsrecht.» Es dürfe nicht nur vom Intellekt abhängen, ob jemand eingebürgert werde, argu-



Regierungsrätin Cornelia Komposch scheiterte mit ihrem Last-Minute-Kompromissvorschlag. Bild: Reto Martin

mentierte Gina Rüetschi (GP, Frauenfeld). «Die deutsche Ärztin kann sich dann noch einbürgern lassen, aber die serbische Putzfrau nicht mehr», kritisierte Marianne Sax (SP, Frauenfeld) die geplante Verschärfung.

Komposchs letzter Versuch

Und die Regierung? Diese versuchte in der Person von Justizdirektorin Cornelia Komposch (SP) zu retten, was noch zu retten war. Nachdem man nach der vehementen Kritik in der Vernehmlassung das geforderte Sprachniveau bereits auf je B1 mündlich und schriftlich angehoben hatte, verkündete Komposch gestern nun im Rat, dass sie bereit sei, über ihren Schatten zu springen und der SVP bei der Sprachhürde vollumfänglich entgegenzukommen. Allerdings in der Verordnung, welche der Regierungsrat erlässt und auch wieder ändern kann, und nicht wie gefordert im Gesetz. «Sie haben mein Wort.» Die Regierungsfraktionen waren bereits vor der Parlamentssitzung über den Kompromissvorschlag informiert worden.

Genützt hat es nichts. Gerade ein Schlüsselkriterium wie die Sprachkompetenz gehöre doch ins Gesetz, insistierte Pascal Schmid. «Wenn nicht das, was denn sonst?» Offenbar habe jetzt aber auch die Regierung anerkannt, dass es sich hier um eine massvolle Erhöhung der Sprachhürde handle. «In letzter Sekunde, aber immerhin.»

Kommentar

Zittersieg mit Potenzial

Auch wenn es nur ein knapper Sieg gewesen ist: Diese Runde in der Auseinandersetzung über die Höhe der Sprachhürde für Einbürgerungswillige geht klar an die SVP. Die Partei hat alles erreicht, was sie sich erhoffen konnte. Sie hat nicht nur eine Mehrheit für eine Verschärfung hinter sich geschert, sondern auch die Regierung öffentlich in die Knie gezwungen.

Die Ausgangslage könnte nun für die SVP komfortabler nicht sein. Selbst für den Fall, dass die Mehrheit in der zweiten Lesung des Gesetzes doch noch kippen sollte, hat sie immer noch den Trumpf einer Volksabstimmung im Ärmel. Den kann sie, falls nötig, jederzeit spielen.

Die Verliererin des gestrigen Tages hat ebenfalls einen Namen: Regierungsrätin Cornelia Komposch. Mit ihrem überhassteten Last-Minute-Kompromissangebot hat sie sich völlig verkalkuliert. «Sie haben mein Wort.» Damit schlug sich ausgerechnet SP-Regierungsrätin Komposch kurz vor Ladenschluss noch auf die Seite der SVP und gab deren Forderungen nach – ohne aber ein gesichertes Pfand in Händen zu halten. Kein Wunder, dass sie prompt im Regen stehen gelassen worden ist. Egal, was politisch in dieser Sache noch passieren wird: Komposch steht nun bei denen, die wollen, was sie eigentlich nicht will, im Wort. Ein politisches Eingegol par excellence.

Mit dieser Kehrtwende hat die Justizdirektorin ausserdem vor allem das eigene Lager düpiert. Postwendend wurde dort eine Windfahnen-Haltung beklagt. Klar: Politik ist auch Taktik. Umgekehrt ist es jedoch keine Schande, aufrecht mit seinen Überzeugungen unterzugehen. Peinlich ist höchstens, Prinzipien preiszugeben und dann trotzdem vorgeführt zu werden.



Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Gsaat isch gsaat

«Die Fussballer des Grossen Rates haben den Olma-Match gegen den FC Kantonsrat St. Gallen mit 0:0 gewonnen.»

Grossratspräsidentin **Heidi Grau** startet die Parlamentssitzung mit dem Verkünden eines diplomatischen Sportresultats.

«Man muss sich mit Einbürgerungswilligen nicht über Goethes Faust unterhalten können.»

Dominik Diezi (CVP, Stachen) kritisiert das Einbürgerungsverständnis der SVP.

«Der Regierungsrat ist wegen dem Powerplay der SVP eingeknickt.»

Christa Thorner (SP, Frauenfeld) moniert die Kehrtwende der Regierung.

FDP: Grütter folgt auf Brunner

Rücktritt Hansjörg Brunner (FDP, Wallenwil) rückt für Hermann Hess in den Nationalrat nach. Seinen Grossratsitz gibt er ab. Erben dürfte der Münchwiler Guido Grütter. (sme)

Die Angst vor dem selbstbestimmten Tod

Suizid Die Frage über Sterbehilfe spaltet die Thurgauer Politik. Für die einen pfuscht man damit dem Schöpfer ins Handwerk, für andere ist es ein Segen für die Selbstbestimmung.

Im Grossen Rat ging es gestern um Leben und Tod. «Jeder Fall ist einer zu viel», mahnte Andrea Vonlanthen (SVP, Arbon) und sprach von «Sterbehilfe im Thurgau». So lautet der Titel einer Interpellation, die er zusammen mit Astrid Ziegler (CVP, Birwinken) und Hansjörg Haller (EVP, Hauptwil) einreichte, um damit eine aktuelle Diskussion über Suizidhilfe anzuregen. Die Interpellanten fürchten, dass Sterbehilfe zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werde. Sie melden aber moralische Bedenken an: «Gemäss biblisch-christlichem Menschenbild ist das Leben ein Geschenk Gottes», sagte Vonlanthen. Der Staat müsse sich fragen, ob er wirklich alles tue, um das Leben gemäss der christlichen Ethik zu schützen. Für den SVP-Kantonsrat ist vorauszu-sehen: «Der begleitete Suizid wird noch mehr Akzeptanz gewinnen und noch mehr Normalität werden.»

Die Zahlen des Kantons belegen einen Anstieg, aber auf sehr tiefem Niveau. Im vergangenen

Jahr stehen 22 Fälle von Suizidhilfe einem Total von 1986 Todesfällen auf dem Kantonsgebiet gegenüber. «Das stellt immer noch die klare Ausnahme und nicht die Normalität dar», hatte die Kantonsregierung in der Interpellationsantwort geschrieben. Regierungsrat Jakob Stark hielt gestern fest, dass dies weniger als ein Prozent der Sterbefälle bedeute. Schweizweit liegt dieser Wert bei 1,6 Prozent. Stark rief auch in Erinnerung, welche Voraussetzungen jemand im Thurgau für eine Suizidhilfe erfüllen muss: «Nur wer unheilbar schwer



Andrea Vonlanthen, SVP-Kantonsrat aus Arbon. Bild: Reto Martin

krank und urteilsfähig ist.» In jedem Fall von Sterbehilfe werden die Polizei und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, um das zu überprüfen. «Bisher wurden die Bedingungen immer vollumfänglich erfüllt», sagte Stark.

Dass die Suizidhilfe keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt die Tatsache, dass von 51 Pflegeheimen im Kanton nur 9 eine solche zulassen. Bewohner der übrigen 42 Heime müssten die Sterbehilfe an einem externen Ort in Anspruch nehmen. «Die im Thurgau ansässigen Spitäler lassen die Suizidhilfe generell nicht zu», hält der Regierungsrat in der Beantwortung weiter fest.

Fortschritt der Medizin bringt neue Probleme

In einem waren sich die Redner einig: Palliative Care, eine würdige Betreuung sterbenskranker Menschen, ist unverzichtbar. Ob jemand selbstbestimmt sterben darf, bleibt kontrovers. Für Marliese Bornhauser (EDU, Weinfelden) pfuscht Sterbehilfe dem Schöpfer

ins Handwerk. Und Konrad Brühwiler (SVP, Frasnacht) befürchtete, dass Sterbebegleitung bald so akzeptiert sein wird wie ein Schwangerschaftsabbruch. Der Druck auf Betagte steige, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, weil sie viele Kosten verursachten.

Jakob Auer (SP, Arbon) verwies hingegen drauf, dass der medizinische Fortschritt die Menschen immer älter mache, «wir aber Probleme bekommen, die wir nicht lösen können». Besser sei es, ein begleitetes Sterben anzubieten, als dass sich Leute für das Bahngleis, den Strang oder die Waffe entscheiden müssten. SP, Grüne und die FDP finden, dass der Mensch auch beim Tod ein Recht auf Selbstbestimmung haben soll. Cornelia Zecchin (FDP, Kreuzlingen) sagte: «Uns Freisinnigen ist das Recht auf die persönliche Freiheit wichtig. Wir brauchen keine Bevormundung.»

Silvan Meile
silvan.meile@thurgauerzeitung.ch

ANZEIGE

Gesucht in Frauenfeld + Umgebung

Bauland
(Abbruchobjekt)

Schnelle, unkomplizierte + transparente Kaufabwicklung.

Ed. Vetter AG, 9506 Lommis
Urs Vetter, 052 369 45 44
urs.vetter@vetter.ch